

# Paritätische Kommission des GAV für die Grüne Branche

## Jahresbericht 2017

### 1. Allgemeines

---

Ein Jahresbericht zu den Tätigkeiten der paritätischen Kommission wird für das Jahr 2017 zum dritten Mal erstellt. Er wird wiederum auf der Homepage veröffentlicht.

Mitglieder der paritätischen Kommission

Die paritätische Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident	Ruedi Kündig (ZV JardinSuisse)
Mitglieder	Barbara Joerg (ZV Grüne Berufe Schweiz)
	Ruedi Keller (ZV Grüne Berufe Schweiz)
	Dominik Hecht (ZV Grüne Berufe Schweiz)
	Peter Huber (ZV JardinSuisse)
	Pierre-Yves Zürcher (ZV JardinSuisse)
Beisitzer	Carlo Vercelli (Geschäftsführer JardinSuisse)
Geschäftsstellenleiterin PK	Muriel Hofer (Geschäftsstelle JardinSuisse)

### 2. Reglement und Finanzierung

---

Die Finanzierung erfolgt wie bisher: Pro Mitgliedsbetrieb wird ein Betrag auf ein Konto der paritätischen Kommission einbezahlt. Diese Beträge werden für den Vollzug des GAVs und für allfällig nötige Mandate an Drittpersonen verwendet.

### 3. Aktivitäten

---

Die paritätische Kommission traf sich im Jahr 2017 zu zwei Sitzungen.

Das im Jahr 2015 festgelegte Vorgehen zur Bearbeitung von Anfragen seitens Mitglieder oder seitens Arbeitsmarktkontrolle bewährt sich auch im Jahr 2017. Dossiers können in der Regel innert drei Wochen erledigt werden.

### 4. Allgemeiner Geschäftsverlauf

---

Auch 2017 gab es keine Anträge, die nicht auf dem direkten Weg erledigt werden konnten.

#### Anträge zur Unterschreitung des Mindestlohnes

- 6 Anträge bearbeitet und bewilligt

#### Arbeitsmarktkontrollen

- 2 Dossiers der kantonalen Kontrollstellen geprüft. Im einen Dossier gab es ein paar Anpassungen, die seitens Betrieb sehr grosszügig entgegengenommen und angepasst wurden.

#### Anträge von Mitarbeitenden

- Es sind keine schriftlichen Anträge eingegangen.

Vom Kanton Thurgau ging folgende Anfrage ein:

- Departement für Finanzen und Soziales, Kanton Thurgau  
*Antrag an die paritätische Kommission, zu Einsätzen für ausländische Mitarbeitende im Rahmen der Förderung der arbeitsmarktlichen Integration eine Pauschalbewilligung auszusprechen.*

Es handelt sich um dreimonatige Einsätze, welche unter erhöhter Begleitung und Lehrstoffvermittlung zu einem Lohn von Fr. 400 / Monat angeboten werden. Die paritätische

Kommission hat den Antrag in der ersten Sitzung abgelehnt, ihn dann aber in der Dezembersitzung nochmals besprochen und bewilligt.

## **5. Durchsetzung des GAV / Lohnbuchkontrollen**

---

Die Mitglieder der paritätischen Kommission wollten wissen, wie Lohnbuchkontrollen durch die Arbeitsmarktkontrolle durchgeführt werden. Die Anfrage wurde bei der tripartiten Kommission Zürich gemacht:

- Anhand des Arbeitsmarktbeobachtungs-Berichts vom Seco werden die Branchen priorisiert.
- Kontrollen basieren auf einer Risikostrategie, sprich es werden Stichproben gemacht.
- Ein Besuch eines Betriebes erfolgt anhand von Vermutung von Missbrauch oder aufgrund einer Meldung.
- Geprüft werden Löhne, Arbeitszeiten und Schwarzarbeit.
- Löhne werden mit den ortsüblichen Löhnen, resp. den Branchenvorgaben, verglichen.

Im Falle einer Nichteinhaltung der Vorgaben erhält der Betrieb einen Brief der tripartiten Kommission mit der Aufforderung, die Versäumnisse zu beheben. 90% der Betriebe befolgen diese Aufforderung. Ausländischen Firmen kann die Bewilligung entzogen werden. Direkte Massnahmen kann die tripartite Kommission hingegen nicht ergreifen.

## **6. Entwicklungstätigkeit**

---

Zur Diskussion steht, den Musterarbeitsvertrag durch eine Klausel zu ergänzen, der den Anschluss an den GAV für Mitarbeitende bedeuten würde. Das Thema muss juristisch nochmals angesehen werden.

## **7. Aussergewöhnliche Ereignisse**

---

Die aggressiven Unia-Auftritte sind immer wieder ein Thema.

## **8. Zukunftsaussichten**

---

Die paritätische Kommission wird sich auch in Zukunft für faire Anstellungsbedingungen einsetzen und von ihren Möglichkeiten zur Durchsetzung des GAV Gebrauch machen: Einigungsgespräche, Lohnbuchkontrollen, Bussen usw. Ziel ist es, auch in Zukunft solche Fälle zu verhindern und Lösungen in gegenseitigem Einvernehmen zu finden.

Aarau, 14.5.2018

Muriel Hofer